

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt
Morgen - Ausgabe

Er scheint täglich zweimal; Sonntag nur morgens, Montag nur abends.
Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich
Abonnementpreis für außerhalb Berlins: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40

Haupt-Expeditoren: SW. Jerusalemstr. 46/49
Telephon Amt 1, Nr. 10131-10148.
Anzeigen: Brunnent. 41, Reichenstr. 1,
Mittelstr. 1-6, Peterstr. 2, Große
Sprengelstr. 21 u. 22, Poststr. 47,
Königsstr. 1, Schillingstr. 1, Schulze-
Str. 27 (am Wedding), Reichenstr. 56/57,
Mittelstr. 2 (gegenüber S. Kamin-
gerstr.), Reichenstr. 33, Wagenstr. 32,
Königsstr. 108, Mittelstr. 69 (alte 3),
Königsstr. 1, Köpenickerstr. 41 (alte
Königsstr.), Köpenickerstr. 45,
Königsstr. 129, Köpenickerstr. 129, Köpenickerstr. 129, Köpenickerstr. 129.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49.
Für unlangsam eingehende Manuskripte über-
nimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Volkmar, Berlin W.
Verlag: Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wie die Agrarier für die Bildung ihres Nachwuchses sorgen.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Diederich Kahn, hat vor letzten in einer Verammlung behauptet, es gäbe heute im letzten Ostpreußen keinen bildungsfeindlichen Agrarier mehr.
Dass der Aufstand der ländlichen Volksschule diese Worte lägen, ist überall bekannt. Aber auch der Zustand der ländlichen Fortbildungsschule beweist, dass das renommierteste Wort Kahns nur eine leere Phrase ist. Denn die Aufwendungen der ländlichen Gemeinden für diese Schulen sind in den meisten Provinzen beschämend niedrig.

In Schlesien und Sachsen, das heißt in zwei Provinzen mit sehr reichem Grundbesitz und einer meist recht wohlhabenden bäuerlichen Bevölkerung, brachten alle Gemeinden zusammen für diese Schulen im Jahre 1905 nur je etwa 6000 Mark auf, in der Provinz Brandenburg erreichten ihre Leistungen sogar nur die Höhe von 680 Mark für das Jahr!
Zu einer neunemswerten Summe stiegen die von den Gemeinden gezahlten Unterhaltungskosten nur in Hessen-Nassau, wo die ländliche Fortbildungsschule überall gelegentlich eingeführt ist. Sie betrug hier 19,000 Mark. In keiner anderen Provinz erreichte sie auch nur die Höhe von 10,000 Mark.

Von den gesamten Unterhaltungskosten der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen, 386,000 Mark, trugen die Gemeinden nur 51,000 Mark. Das bedeutet, die Leistungen in Hessen-Nassau abgerechnet, für jede der übrigen elf Provinzen eine Durchschnittsleistung der Gemeinden von jährlich kaum 8000 Mark.

Wie gering freilich noch das Interesse an diesen Schulen auch in der Landwirtschaft selbst ist, beweist die Erscheinung, dass die landwirtschaftlichen Vereine sie nur äußerst gering unterstützen. In vier Provinzen Preußen, Sachsen, Westfalen und dem Rheinland leisteten sie gar keinen Zuschuß, in drei anderen Provinzen betrug er noch nicht einmal 100 Mark für das Jahr! Damit vergleiche man die Tatsache, daß im letzten Berichtsjahre von den 1498 gewerblichen Fortbildungsschulen 169 und von den 333 kaufmännischen Fortbildungsschulen 154 ohne einen Pfennig Staatsbeihilfe allein von Gemeinden, Zünften, Gewerkschaften und Handelskammern unterhalten wurden.

Diesem aus den finanziellen Leistungen ersichtlichen geringen Interesse der Landwirtschaft für die Fortbildungsschulen entspricht natürlich auch ihre Frequenz. In Westpreußen und Pommern erreichte sie noch nicht einmal die Zahl 1000, in Brandenburg und Sachsen liegt sie nur ganz wenig darüber. Bringt man nun von der Gesamtzahl der ländlichen Fortbildungsschüler (37,445) diejenigen in Hessen-Nassau in Abzug (9346), so bleiben für alle übrigen Provinzen zusammen nur 28,099 Schüler übrig. Und vergleicht man endlich die Gesamtzahl der ländlichen Fortbildungsschüler mit der Gesamtzahl der Schüler in gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen (296,331), so erkennt man am deutlichsten den Rückstand der ländlichen Fortbildungsschule. Er wiegt um so schwerer, als hier zugleich auch die Volksschule am stärksten entwickelt ist.

Die preussische Staatsregierung bereitet ein Fortbildungsschulgesetz vor, das leider nur in Teilen mit mehr als 10,000 Einwohneren Geltung erlangen soll. Wenn die ländlichen Fortbildungsschulen zur Entlastung und zur höherartigen Bildung kommen sollen, so müssen die Quellen zu ihrer Unterhaltung ergiebiger stehen als bisher. Das wird jedoch in Preußen nur möglich sein durch ein Gesetz, das nicht nur dem Staate alle Leistungen der Unterhaltung aufträgt, sondern das die Unterhaltungspflichtigen in demselben Umfange heranzieht, in dem Handwerk und Handel schon längst freiwillig ihre Verpflichtungen erfüllen. Würde ein solches Gesetz in Preußen möglich — und es ist nicht möglich, so lange das bildungsfeindliche Agrarier- und Junkertum das Heft in Händen hat — dann könnte Herr Kahn in einigen Jahrzehnten Recht haben. So aber hat er nicht als ein hohles, den Tatsachen ins Gesicht schlagendes Redensart zum besten gegeben.

Die feindlichen Blockbrüder.

Die Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Zu höchst amüsanter Auseinandersetzungen zwischen Freisinnigen und Konservativen kam es gestern im Reichstage bei der Weiterberatung des politischen Antrages über die Freiheit des Grundeigentumsverwerbes, der bestimmt ist, dem Enteignungsgesetz die Säbne auszubreiten. Als besonders energiegeladener Vorkämpfer produzierte sich der konservative Abgeordnete Graf Westarp, der frühere Polizeipräsident von Schöneberg. Dieser vor einigen Monaten in Mexiko-Bomben mit freimüthiger Hilfe gewählte Herr leistete sich gestern den Scherz, den Freisinnigen, die sich, wie es ihre Pflicht war, für den politischen Antrag erklärt haben, zuzurufen: „Wir halten gehofft, daß der vereidete Verfechter mit uns im Block andere Frächtige zeitigen würde!“ Die Antwort auf diese konservative Behauptung entwiderte der Abgeordnete Dove von der freisinnigen Regierung, indem er den Junkern den wohlgeleiteten Rat erteilte, sich selber erst einmal zu helfen, und indem er ihnen zwei Worte inhaltreicher zusetzte: „Zürns Wisch und Waf Wagner. Das Verhalten der Konservativen namentlich dem gegenwärtigen gegenüber legt wächtig kein Zeugnis von edlen Sitten ab. Wenn an Schluß seiner Rede Herr Dove Bürgerholla vor Junkerholla stellte, so wollen wir abwarten,

ob diesen guten Wort beim Block die Tat folgen wird. Zeit ist's.
Einen hübschen Junkerpiegel hielt auch der Abgeordnete Ledebour (Sozialdemokrat) den Konservativen vor, indem er mit beiführender Satire ihre Begriffe von Patriotismus und Familienstimm dem Hause zeigte. Gegen die Polen, die sehr temperamental vom Zentrum unterstützt, ihren Antrag vertheidigten, tritt als zweiter deutscher Mann nach dem vereideten Grafen Westarp die von den Antikonservativen in die Schranken. Als er die Polen von Ruhestandpunkte aus anpönte und sie ungeheuer töricht mit der mongolischen Konföderation der Weifen verglich, da erging es auch ihm wie seinem gräßlichen Vorgänger: Ledebour stellte unter der stürmischen Heiterkeit des Hauses fest, daß der Schädel des Herrn Bohme den ausgesprochenen Typus der Mongoloideen zeige.

Die namentliche Zustimmung über den polnischen Antrag wird zu Beginn der heutigen Sitzung stattfinden. Wenn in dieser die freisinnige Fraktionsgemeinschaft ihre Schuldigkeit tut und für den polnischen Antrag stimmt, so ist dessen Annahme gesichert. Nach dem Austritte des Grafen Westarp, nach den Vorgängen in der Finanzkommission können die Freisinnigen nicht anders handeln.

Das Abgeordnetenhaus

beendete gestern die zweite Beratung des Landwirtschaftsprojekts. Man legte zunächst die Debatte über die untere Kolonisation in Ostpreußen und Pommern vor, wobei der konservative V. Bieberlein sich nochmals über die „hundsmiterablen“ Wohnungen in Berlin auflegte. So hundsmiterabel wie gewisse ostpreussische Schulpläne sind auch die einfachen Berliner Wohnungen noch nicht. Beim Geschäftsauftritt unterteilt man sich über Wärmehilf und Kaltluft sowie über die scharfe Konkurrenz, die das Geschäft Grapditz den privaten Bierbäckereien mache. Heute findet keine Plenarsitzung statt; morgen steht der Etat des Ministeriums des Inneren zur Beratung.

Die „Reichsfinanzreform“

bereitet den Einzelstaaten und namentlich den kleineren unter ihnen sehr große Sorgen. Das geht aus den Beratungen der Einzelanträge hervor, in denen über die verschiedenen Reichssteuerprojekte lebhaftste Ausage geführt wird.
Was aus Darmstadt telegraphisch berichtet wird, richtete in der gestrigen Sitzung der Zweiten heftigen Kammer der Abgeordnete Dr. Paganstcher eine Aufzage an die Regierung über die Gas- und Elektrizitätssteuer. Der Minister des Inneren Dr. Braun äußerte aus, daß die Zweifel des Abgeordneten Dr. Paganstcher, ob die Steuererhöhung über die Gas- und Elektrizitätssteuer für alle Zeit begraben sei, leider nur zu berechtigt seien. Das der großherzoglichen Regierung die Steuer auf Gas und Elektrizität nicht hundertprozentig war, darüber habe sie in ihrer schon erteilten Antwort auf die Anfrage keinen Zweifel belassen. Sie erkläre ihm um so unzulänglich, als der Entwurf in seinen wichtigsten Grundzügen mit einer gesunden Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht in Einklang zu bringen sei. Bei der eminenten Wichtigkeit der Finanzreform müsse hingegen alles nur irgendwilde in Frage kommende auf das eingehendste geprüft werden. Für seinen Stimme in Betracht, daß bezüglich heftigste Interessen wie bei der Weinsteuern nicht in Frage kommen. Was aber bisher nicht in genügender Maße erörtert wurde, sei der Einfluß der Steuer auf die Gemeinden, die am meisten betroffen werden. Der Minister bemerkte zum Schluß: Das die Finanzen des Reiches reformiert werden, sei eine Notwendigkeit. Solange man einen besseren Erfolg für die Gas- und Elektrizitätssteuer nicht gefunden habe, sei diese noch ein erträgliches Übel. Wobin solle man eher kommen, wenn der Reichsfinanzreform ein Gehalt gegeben werde, wie es die Subkommission des Reichstages wollte?

Der erste Teil der Ausführungen des heftigen Ministers des Inneren über die Gas- und Elektrizitätssteuer ist nicht gut mit dem Schluß in Einklang zu bringen. Bemerkenswert ist übrigens die Schärfe, mit der sich der Minister gegen die Beschlüsse der Subkommission des Reichstages zur „Reichsfinanzreform“ ausgesprochen hat.

Ein Etatnotgesetz?

Der Senatorenkonvent des Reichstages beriet gestern von neuem über die Geschäftsfrage des Hauses. Man beschloß, zunächst den Kolonialetat und dann den Etat des Reichspostamtes zur Beratung zu stellen. Am 8. März soll man mit dem Militäretat beginnen zu können, um sich dann der Wirtschaft anzuschließen. Der Etat vom 13. bis zum 16. März sollen Finanzetat bleiben. Ob es gelingen wird, den Kontingentplan durchzuführen, bleibt sehr zweifelhaft. Man will es notwendigfalls unter Zustimmung von Abordnungen versuchen. Der Schatzetat wurde aber schon jetzt beantragt, eventuell ein Etatnotgesetz einzubringen.

Das jubelnde Kriegsministerium.

Am 1. März wird das preussische Kriegsministerium, wie schon mitgeteilt, auf ein hundertjähriges Bestehen zurückzuführen können. Gestern vormittag hat der Kriegsminister V. Einem dem Kaiser in besonderer Audienz ein Wort überreicht, das das Kriegsministerium zu seinem Jubiläum hat antworten und drucken lassen. Es ist eine Geschichte des preussischen Kriegsministeriums. Mit Nachschäffer Genehmigung zum nichtamtlichen Gebrauch herausgegeben, der Reichstag des Wertes kommt dem Generälvaterland zugute.

Frankfurt a. O.

folte nach einer Meldung der Korrespondenz Woth nach der neuen Ostlooseinteilung in die Klasse B verlegt worden sein. Wie wir inzwischen festgestellt haben, ist dies ein Irrtum. Frankfurt a. O. gehört zu den Städten, die in Klasse C bleiben sollen.

Das Pluralwahlrecht in Oldenburg.

Im oldenburgischen Landtage wurde nach einem Telegramm aus Oldenburg gestern der Antrag Gerdes, nach dem jeder Wähler nach Lebensalter bis 40. Lebensjahre eine weitere Stimme erhalten soll, bei der zweiten Lesung des Wahlgesetzes mit 26 gegen 18 Stimmen angenommen. Ein weitergehendes Pluralwahlrecht wurde abgelehnt.

Das serbische „Kriegskabinett“.

Das neue serbische Kabinett, das sich vorwiegend aus Oesterreichfeinden zusammensetzt, stellte sich gestern der Skupstina vor. Aus Belgrad wird über die Sitzung berichtet:

Wenige vor der Eröffnung der Sitzung waren sämtliche Galerien von Publikum überfüllt. Infolge des ungewöhnlichen Andrangs gestaltete der Präsident die Skupstina beizügigen Besuche, die auf den Galerien keinen Platz finden konnten, im Sitzungssaal Aufnahme zu nehmen. Die neue Regierung wird mit verlebten Zitierungen begrüßt. Der Ministerpräsident Stowatschewitch las eine Erklärung der Regierung, in der es heißt:

Wir ist die Ehre zuteil geworden, von der Skupstina mit einer ungewöhnlicherweise aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzten Regierung zu arbeiten. Trotzdem ist unter Erheben nur eine normale Sache. Es bedeutet, daß der gegenwärtige Augenblick gütlicher die Eintracht im Innern des Landes und auf den Schutz der serbischen Interessen nach außen hin erreicht. (Sturmische Juvokale und Hände klatschen.) Von gewissen Seiten wird versucht, das natürliche Recht Serbiens auf seinen Fortbestand, das durch internationale Verträge bekräftigt ist, anzufechten. Die nationale Skupstina hat das auswärtige politische Programm Serbiens aus dem Herzen des serbischen Volkes genommen. Die Forderungen, die dieses Programm sowohl für Serbien als Montenegro enthält sowie die Gründe des Rechts und der Interessen, auf denen dieses Programm basiert, wird Europa in kurzer Zeit zu würdigen haben.

Das „natürliche Recht Serbiens auf seinen Fortbestand“ ist von niemandem in Zweifel gezogen worden. Durch derartige Hebertretungen wird das neue serbische Kabinett seine Situation nicht verbessern.

Weiter fehlt es auch an österreicherischer Seite nicht an Hebertretungen. Das beweisen die erregten Auslassungen verschiedener österreicherischer Blätter, die den Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien als unvermeidlich ansehen.

Das türkisch-österreichische Einvernehmen

ist gesichert. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel hat der türkische Botschafter gestern nachmittag dem österreichisch-ungarischen Botschafter Marquafen Pallavicini einen Besuch abgestattet. Es ist dabei volle Einigung erzielt worden. Die Unterzeichnung des Ententeprotokolls soll heute erfolgen.

Die türkischen Blätter „Jent Gogetta“ und „Idam“ erwähnen, daß der neue Minister des Äußeren Nikaat Pascha sich von Paris zunächst nach Wien begibt, wo er heute eintrifft, und daß er sodann über Petersburg nach Konstantinopel reist wird.

Das türkische Defizit.

Nach dem türkischen Blatte „Tanin“ beläuft sich das Defizit des türkischen Gesamtbudgets auf etwa eine Million Pfund. Das Blatt meldet, daß das Budget nächste Woche der Kammer vorgelegt werden wird.

Die wilden Suffragettes.

Aus London wird berichtet: Anhängerkinnen des Frauenstimmrechtes machten am Mittwochabend dementsprechenden Versuch, in das Parlament einzudringen. Die Polizei schloß ein. Es kam zu wilden Szenen. Sechszundmanzig Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Verhafteten wurden gestern zu Gefängnisstrafen von einem bis zu zwei Monaten verurteilt.

Die Ausschaltung der Angestellten bei den Arbeitskammern

Beschäftigte am Mittwochabend eine öffentliche Volkerverammlung, die von der demokratischen Vereinigung des dritten Berliner Reichstagswahlkreises nach den Kammern einberufen worden war.

Herr Kaufhäuser von

Beitrag der deutschen Kaufleute

behandelte als erster Referent das Thema (dem der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Dohhoff in Nr. 98 der Berliner Volkszeitung) eine eingehende Betrachtung gewidmet hat von Standpunkte der Handlungsgehilfenbewegung aus. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, in welchem Schreckentumpe die seit 15 Jahren (Schwedens) Frage der Arbeitskammern von der Regierung behandelt worden ist, kritisierte er die vielen Mängel, die auch der zweite Regierungsentwurf in seinen allgemeinen Bestimmungen enthalte. Vor allem sei das Wahlalter viel zu hoch, und es sei bei wählend, daß auch hierbei wieder ein Freisinniger, der Abgeordnete Goller, ausdrücklich für die Erhöhung des Wahlalters eingesetzt ist, weil die Jugend leicht zu verführt werde. Diese Stellungnahme sei

Weber liberal noch freisinnig,

aber echt blockfeindlich. (Sehr richtig!) Das Bedauerliche sei aber, daß nach diesem Entwurf die Angestellten in ihrer Gesamtheit aus den Arbeitskammern ausgeschlossen sein sollten. Die Berücksichtigung